

Pressemitteilung

Kommunikation & Marketing

Christiane Gandner
Konrad-Zuse-Str. 1
56075 Koblenz

☎ +49 261 9528-116
📠 +49 261 9528-113

gandner@hs-koblenz.de
www.hs-koblenz.de

Ein kritischer Diskurs zum neuen KiTa-Zukunftsgesetz in Rheinland-Pfalz beim V. KiTa-Kongress des IBEB an der Hochschule Koblenz

KOBLENZ/RHEINLAND-PFALZ. 320 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Arbeitsfeldern der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege haben am V. KiTa-Kongress an der Hochschule Koblenz teilgenommen. Dazu eingeladen hatten das Institut für Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit | Rheinland-Pfalz (IBEB) und das rheinland-pfälzische Bildungsministerium. Die anwesenden Fach- und Leitungskräfte, Vertreterinnen und Vertreter von Trägern, Gewerkschaften, Fachschulen, der Wissenschaft und sonstiger Organisationen und auch aus der Elternschaft nahmen die Gelegenheit gerne wahr, unter dem Motto „Zwischen Umbruch und Aufbruch“ mit der rheinland-pfälzischen Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig über das kürzlich vom Landtag beschlossene KiTa-Zukunftsgesetz zu diskutieren.

Das Begrüßungspodium mit Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig, dem Präsidenten der Hochschule, Prof. Dr. Kristian Bosselmann-Cyran, der Prodekanin des Fachbereiches Sozialwissenschaften, Prof. Dr. Anette Kniephoff-Knebel, und mit dem Direktor des IBEB, Prof. Dr. Armin Schneider, machte deutlich: Die Umsetzung des neuen Gesetzes und der damit einhergehende Wandel stellen eine große Aufgabe dar, die nur durch steten Austausch aller Beteiligten zu meistern ist. „Bei diesen Prozessen brauchen wir vor allem die drei ‚Ks‘: Kommunikation, Kommunikation, Kommunikation“, betonte Schneider.

Dr. Stefanie Hubig thematisierte in ihrem Hauptvortrag die Grundanlage des KiTa-Zukunftsgesetzes und die darin enthaltenen Innovationen wie beispielsweise das mit 50 Millionen Euro ausgestattete Sozialraumbudget, aus dem Personal für besondere Bedarfe der Kitas vor Ort finanziert werden können. Im Zuge des KiTa-

Zukunftsgesetzes verstärkt das Land sein finanzielles Engagement für zusätzliches Kita-Personal um über 80 Millionen Euro pro Jahr. Insgesamt stehen damit dann fast 800 Millionen Euro des Landes für die rheinland-pfälzischen KiTas zur Verfügung. Das Land beteilige sich weiterhin an den Ist-Kosten, bemesse Gelder und Personal transparent und schaffe mit einem Sonderprogramm in Höhe von nochmals 13,5 Millionen Euro Möglichkeiten der zielgerichteten Ausstattung vor Ort. In Zeiten des Fachkräftemangels sei es außerdem wichtig, die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen, betonte die Bildungsministerin weiter. Hubig rief die Anwesenden zudem zur aktiven Teilhabe auf: „Wir befinden uns alle in einer Verantwortungsgemeinschaft, in der jeder seinen Teil dazu beitragen kann, das KiTa-Zukunftsgesetz Schritt für Schritt umzusetzen und damit seinen Beitrag dazu leisten kann, dass Rheinland-Pfalz weiter für beste Bildung, Erziehung und Betreuung steht.“

In seinem Vortrag unterzog Prof. Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz die Themen Finanzierung und Personalbemessung einer kritischen Prüfung. Er thematisierte vor allem die aus seiner Sicht kritischen Werte der Fachkraft-Kind-Relation. Sell rief dazu auf, durchschnittliche Schwellenwerte anzugeben, um Mindeststandards für den Normalfall abzuleiten und nicht „in der roten Zone der Kindeswohlgefährdung“ zu landen.

In acht verschiedenen Impulsforen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung anhand konkreter Themen aus der neuen Gesetzesgrundlage deren Umsetzung. Dabei standen nicht nur die Sozialraumorientierung im Vordergrund, sondern ebenso die innovativen Aspekte des neuen Gesetzes wie der neue Kita-Beirat, Verwaltungsunterstützung, verbindlicher Zugang zur Fachberatung, KiTa-Sozialarbeit, Trägerqualität, flächendeckendes Angebot eines Mittagessens sowie die Zusammenarbeit zwischen Träger und Jugendamt. Hierzu waren Fachpersonen eingeladen, die bereits von ihren Erfahrungen in anderen Bundesländern aus diesen Bereichen berichten konnten.

„Zusammenfassend wurde beim V. Koblenzer KiTa-Kongress erkennbar, dass das neue Gesetz eine Verbesserung darstellt, gleichzeitig aber auch noch Möglichkeiten der Optimierung aufzeigt“, so das Fazit von Prof. Dr. Armin Schneider. Auf jeden Fall stehe fest, dass die Umsetzung in die Praxis eine große Herausforderung darstelle, für die die Fachpraxis umfangreiche Unterstützung benötige.